



Ausgewählte Termine

Im Auftrag des Bundestages nahm Andreas Nick an der Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PV ER) vom 20. bis 24. Januar 2019 in Straßburg teil.

Montag, 28. Januar:

Antrittsbesuch des neuen Botschafters von Ecuador S.E. Herr Manuel Antonio Mejia Dalmau; Landesgruppensitzung

Dienstag, 29. Januar:

Sitzung AG Auswärtiges mit AM Heiko Maas; GMF Diskussionsrunde "Wohin steuert Mitteleuropa? Fünf Szenarien für 2025"; Fraktionssitzung

Mittwoch, 30. Januar:

Sitzung Auswärtiger Ausschuss (Aussprache mit AM Maas/ BE Venezuela); Telefoninterview mit SWR aktuell Inforadio; Plenum: Rede in der Aktuellen Stunde zu Venezuela

Donnerstag, 31. Januar:

Plenum: Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus; Gesprächsrunde mit Georgios Koumoutsakos, Schattenminister der Nea Demokratia; Redner beim KAS Arbeitskreis Junge Außenpolitiker zum Thema: Deutschlands Türkei-Politik

Freitag, 1. Februar:

Plenum

REDE ZUR LAGE IN VENEZUELA



Am Mittwochnachmittag sprach Andreas Nick im Plenum des Deutschen Bundestages in einer Aktuellen Stunde zur Lage in Venezuela. Dabei stellte er eingangs fest: „Wir verfolgen die dortige Entwicklung zu einer humanitären und politischen Krise mit großer Sorge. In einem eigentlich reichen Land leidet die Bevölkerung unter einem katastrophalen Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten mit sehr massiven Folgen.“ Weiterhin stellte Nick fest, dass das Maduro-Regime die Demokratie im Land Stück für Stück abgeschafft habe. Die sogenannte „Wieder-

wahl“ Maduros im Mai 2018 sei weder vom venezolanischen Parlament noch international anerkannt worden, auch nicht von Deutschland und der EU. Die Nationalversammlung sei damit die einzige demokratisch legitimierte Institution im venezolanischen Staat. Die Proklamation von Juan Guaidó zum Interims-Staatspräsident erfolgte somit im Einklang mit Artikel 233 der venezolanischen Verfassung. In Folge der politischen und humanitären Krise in Venezuela erlebt das Land seit mehreren Jahren eine Flüchtlingskrise, die alles bisher in Lateinamerika gekannte

übertrifft. Über 3 Millionen Menschen, ca. 10% der Bevölkerung, haben das Land in den letzten Jahren in alle Richtungen verlassen, der Großteil davon in die Nachbarländer. Dazu Nick: „Die Krise in Venezuela droht somit, die ganze Region zu destabilisieren.“

In der jetzigen Situation gelte es, gemeinsam mit der EU und unseren Partnern in Lateinamerika den politischen Druck auf Maduro aufrechtzuerhalten und die demokratischen Kräfte weiter zu unterstützen. Die Rede können Sie hier anschauen: <https://dbtg.tv/fvid/7321910>

PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DES EUROPARATES



Vergangene Woche fand in Straßburg die erste von vier jährlichen Tagungen der Parlamentarischen Versammlung (PV) des Europarates statt. **Zu Beginn wurde Andreas Nick als Leiter der deutschen Delegation auch für 2019 erneut zu einem der Vizepräsidenten der PV gewählt.**

In der Plenarsitzung redete Nick in der Debatte zum sogenannten Fortschrittsbericht des Präsidiums. Dabei konnte er zur weiteren **Aufarbeitung des Anti-Korruptionsberichts** mitteilen, dass das Präsidium des Deutschen Bundestages in der vergangenen Woche im Fall einer Bundestagsabgeordneten, die bis 2017 der PV angehörte, eine Verletzung ihrer Pflichten nach dem Abgeordnetengesetz festgestellt hat. Dies betrifft die Offenlegung von Nebentätigkeiten und Einkünften in insgesamt fünf Fällen. In einem weiteren Schritt ist die Verhängung einer Geldstrafe von bis zu sechs Abgeordneten-Diäten möglich.

Abschließend bedauerte Andreas Nick die Entscheidung der russischen Staatsduma und des Föderationsrats, auch in diesem Jahr keine Delegation zur PV zu entsenden.

Damit ist eine Chance zur Bewältigung der **Krise um die russische Mitgliedschaft im Europarat** vertan worden. Die deutsche Delegation unterstützt wie auch die Bundesregierung die Bemühungen des finnischen Vorsitz im Ministerkomitee um eine Lösung, in der Russland mit allen Rechten und Pflichten Mitglied des Europarates bleibt. Zu den Pflichten gehören insbesondere die Zahlung der Beiträge, die unein-

geschränkte Beachtung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und der ungehinderte Zugang für die Institutionen, etwa die Menschenrechtskommissarin, zur Russischen Föderation.

Am Dienstag wurde in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER) vom zuständigen Berichterstatter Lord Donald Anderson (UK) eine Resolution unter dem **Titel "Sergei Magnitsky**

20 Jahre Menschenrechtskommissar des Europarates

In Straßburg nahm Andreas Nick an den Feier anlässlich des 20jährigen Jubiläums des Menschenrechtskommissars teil. Der Kommissar für Menschenrechte des Europarats unterstützt die Mitgliedstaaten des Europarats dabei, Mängel im System des nationalen Menschenrechtsschutz zu beheben. Hierzu unternimmt er Länderbesuche und veröffentlicht Berichte. Zudem fördert er die Erziehung zu Menschenrechtsbewusstsein, erteilt Ratschläge und Auskunft zu Fragen des Menschenrechtsschutzes und fördert die Arbeit nationaler Ombudspersonen. Seit Gründung des Amtes im Jahr 1999 gab es bisher 4 Menschenrechtskommissare (Álvaro Gil-Robles, Thomas Hammarberg, Nils Muiznieks und aktuell Dunja Mijatović).



PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DES EUROPARATES

and beyond – fighting impunity by targeted sanctions“ eingebracht. Darin werden die Mitgliedsstaaten des Europarates aufgefordert, gesetzliche Regelungen zu schaffen, mit denen gezielte Sanktionen gegen die Verursacher von Menschenrechtsverletzungen verhängt werden können. Im Zuge des Falles von Sergei Magnitski, einem russischen Wirtschaftsprüfer, der staatliche Korruption in seinem Heimatland aufdeckte und im Gefängnis starb, verhängten die USA ein sogenanntes Magnitski-Gesetz, um gezielte Sanktionen wie Visasperrern oder das Einfrieren von Vermögenswerten verhängen zu können. Als Leiter der deutschen Delegation in der PVER meldete sich Andreas Nick

Sitzungsleitung Plenum der Parlamentarischen Versammlung

Als wiedergewählter Vizepräsident der Versammlung übernahm Andreas Nick in der Januar-Sitzungswoche der Parlamentarischen Versammlung wieder die Sitzungsleitung im Plenum. Er vertrat am vergangenen Mittwoch die Präsidentin der Versammlung.



in der Debatte zu Wort, denn gemeinsam mit zahlreichen Abgeordneten aus mehreren europäischen Ländern unterstützt er die niederländische Initiative für ein europäisches Magnitski-Gesetz mit globaler Reichweite. Sanktionen nach einem

Magnitski-Gesetz nehmen gezielt und persönlich die Täter und die Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen in den Blick, nicht pauschal und allgemein ganze Staaten oder Völker.

DEBATTE ZUR SITUATION IM ASOWSCHEN MEER



Am Donnerstag der Straßburger Sitzungswoche vertrat Andreas Nick zum ersten Mal als Berichterstatter einen Bericht in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PVER). Das Political Affairs Committee hatte ihm bereits am Montag die verantwortungsvolle Aufgabe übertragen, den Bericht für die Dringlichkeitsdebatte zum Thema „The escalation of tensions around the Sea of Azov and the Kerch Strait and threats to European security“ vorzubereiten. Nach Beratungen im Ausschuss am Dienstag und Mittwoch stellte Nick den Bericht am Donnerstag im Plenum der PVER

vor, wo er dann für rund zwei Stunden debattiert und anschließend mit großer Mehrheit angenommen wurde. In der Resolution ruft die Versammlung die Russische Föderation auf, die 24 ukrainischen Seeleu-

te freizulassen, die sich seit dem 26. November 2018 in russischer Haft befinden. Um die freie Durchfahrt für Schiffe durch die Meerenge von Kertsch sicherzustellen, muss das „Abkommen über die Nutzung des Asowschen Meers und der Meerenge von Kertsch“, das die Ukraine und Russland 2003 geschlossen haben, eingehalten und umgesetzt werden.

Die verabschiedete Resolution im Wortlaut finden Sie unter folgendem Link: <https://bit.ly/2sLZ3QT> Im Video-Interview (auf Englisch) fasst Andreas Nick die wichtigsten Informationen zusammen: <https://www.youtube.com/watch?v=zrNjNYIG19U>

Erläuterung: Berichterstatter für Berichte der Ausschüsse in der PVER

Die meisten Debatten im Plenum und in den ständigen Ausschüssen finden auf der Grundlage von Ausschussberichten statt. Die Ausschussberichte werden von einem Berichterstatter mit Unterstützung des Sekretariats (in englischer oder französischer Sprache) erstellt und vorgestellt. Wurde die Entschließung oder Empfehlung verabschiedet, erhalten der Berichterstatter und der zuständige Ausschuss den Auftrag, in den nächsten zwölf Monaten die Umsetzung der darin vorgeschlagenen Maßnahmen nachzuverfolgen.

Gedenkstunde anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

„Das Existenzrecht Israels zu verteidigen ist meiner Überzeugung nach eine grundsätzliche moralische Verpflichtung.“ Prof. Dr. Saul Friedländer sagte in der Gedenkstunde des Bun-



destages für die Opfer des Nationalsozialismus, dies müsse in einer Zeit wieder betont werden, „in der auf Seiten der extremen Rechten und auf Seiten der extremen Linken Israels Existenz infrage gestellt wird und der Antisemitismus in seinem traditionellen wie in seinem neuen Gewand wieder unübersehbar zunimmt“. In seiner Gedenkrede am Donnerstag, 31. Januar 2019, bezeichnete der 86-jährige israelische Historiker und Holocaust-Überlebende den heutigen Hass auf Juden als „irrational, wie er schon immer war“. Alte und neue Verschwörungstheorien seien vor allem bei den Rechtsradikalen im Umlauf, während die antisemitische Linke die israelische Politik obsessiv angreife und dabei zugleich das Existenzrecht Israels infrage stelle. „Selbstverständlich ist es legitim, die israelische Regierung zu kritisieren, aber die schiere Heftigkeit und das Ausmaß der Angriffe sind schlicht absurd und enthalten den Beigeschmack eines nur dürtig verhüllten Antisemitismus“, sagte Friedländer unter großem Beifall.

Die Gedenkstunde fand aus Anlass des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus statt, der seit 1996 immer am 27. Januar begangen wird.

PLENUM

Aus gegebenem Anlass debattierte der Bundestag nach der Fragestunde und der Befragung der Bundesregierung am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde über die Situation in Venezuela. Auch Andreas Nick als Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion konnte in seiner Rede Stellung nehmen.

Am Donnerstag wurde in einer Gedenkstunde der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Die Gedenkrede hielt der Historiker und Holocaust-Überlebende Prof. Dr. Saul Friedländer. Erster Tagesordnungspunkt im Anschluss war die Beratung des aktuellen Jahreswirtschaftsberichts für das Jahr 2019, der danach an die Ausschüsse überwiesen wur-



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/ photothek.net

de. Weitere Schwerpunkte der Kernzeit waren eine Debatte über Russland sowie über die Kultur im ländlichen Raum. Eine weitere Aktuelle Stunde behandelte die Ergebnisse der Kohlekommission. Darüber hinaus standen Wahlen zu mehreren Gremien an. Breiten Raum nahm am Freitag die Debatte über

die Hightech-Strategie der Bundesregierung ein. Die Bereiche Forschung und Innovation werden in den kommenden Jahren immer wichtiger. Daher soll eine Forschung gefördert werden, die auf aktuelle und zukünftige Bedarfe ausgerichtet ist und im Alltag der Menschen ankommt.

AUSSCHÜSSE

Diese Woche fand im Auswärtigen Ausschuss die Aussprache mit dem Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas statt. Außerdem berichtete die Bundesregierung zur aktuellen Lage in Venezuela. Nachdem sich Präsident Maduro nach seiner undemokratischen Wiederwahl für eine zweite Amtszeit hatte vereidigen lassen, gab es zahlreiche Proteste in Venezuela. Am 23. Januar erklärte sich der Parlamentspräsident Juan Guaidó zum Interimspräsidenten. Als zuständiger Berichterstatter



© Deutscher Bundestag / Marco Urban

seiner Fraktion konnte Andreas Nick Fragen zur Rolle des Militärs und zu möglichen rechtlichen Schritten gegen Präsident Maduro stellen. Darüber hinaus befasste sich der Auswärtige

Ausschuss mit der aktuellen Entwicklung in Libyen sowie Chinas globaler Wirtschaftsstrategie und den Konsequenzen für die deutsche und europäische Außenpolitik.

Wechsel beim Vorsitz der Kinderkommission

Mit der traditionellen Übergabe eines Stofftieradlers hat Susann Rührich (SPD) am Mittwoch, 30. Januar 2019, das Amt der Vorsitzenden der „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder“ (Kiko) übernommen. Übergeben wurde das Kiko-Maskottchen von der scheidenden Vorsitzenden Bettina Margarethe Wiesmann (CDU/CSU) im Paul-Löbe-Haus in Berlin.



Wiesemann, die den Vorsitz im Juni 2018 übernommen hatte, bedankte sich bei den Mitgliedern des Gremiums und betonte, dass sie sich auf die neuen Themen, die Frau Rührich aufrufen werde, freue. Die Kinderkommission wurde 1988 ins Leben gerufen und ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie dient der parlamentarischen Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen. Für die Kinderkommission gelten in manchen Punkten andere Regeln als für die Bundestagsausschüsse. So gilt für alle Entscheidungen ein doppeltes Quorum mit Zweidrittelmehrheit. Der Einsatz der Kiko für Kinder- und Jugendinteressen geschieht durch öffentliche und nichtöffentliche Gespräche mit Sachverständigen zur Entwicklung von politischen Standpunkten zu unterschiedlichen Sachfragen. Darüber hinaus betreibt sie Öffentlichkeitsarbeit für Themen, die für Kinder und Jugendliche relevant sind und setzt sich für eine stärkere Beteiligung junger Menschen in der Gesellschaft ein.

KAS DISKUSSION ZUR TÜRKEI

Alles beim Alten in den deutsch-türkischen Beziehungen? Diese Frage diskutierte Andreas Nick am Donnerstag im Rahmen der Jahresauftaktkonferenz des Arbeitskreises „Junge Außenpolitiker“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. Mit ihm auf dem Panel vertreten war Dr. Günther Seufert, Türkeiexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik, sowie Aylin Matlé und als Moderator Jacob Schrot, die dem Arbeitskreis angehören. "Es ist unbestreitbar, dass wir in

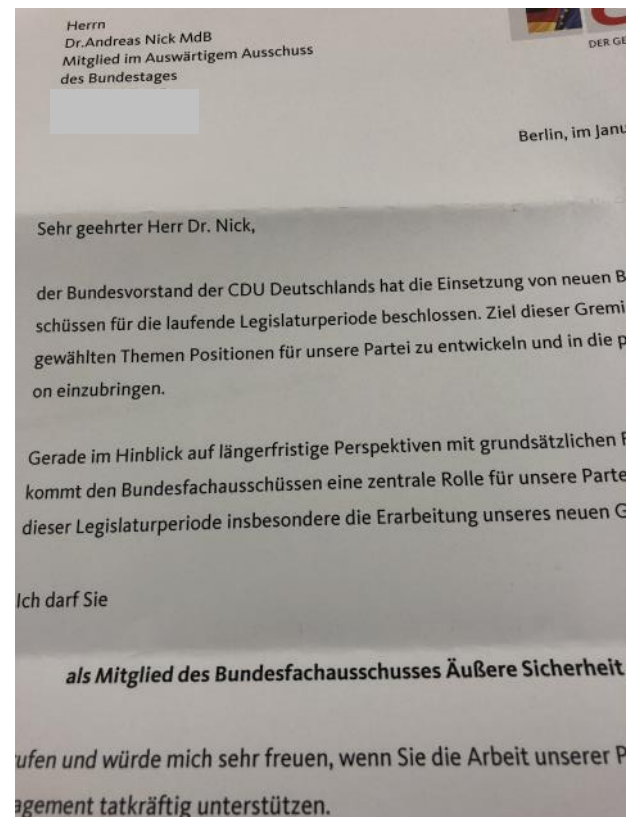


den letzten Jahren in der Türkei einen Wandel in Richtung eines autoritären Staatsmodells beobachtet haben.", eröffnete Nick sein Eingangsstatement. Dennoch zeige gerade die hohe Wahlbeteili-

gung und die Vielfalt der Parteien, eine hohe Wertschätzung der Bürger für die Demokratie. Entsprechend müsse sich Deutschland auch künftig für starke zivilgesellschaftliche Beziehungen einsetzen.

CDU-BUNDESFACHAUSSCHUSS

Andreas Nick freut sich, in dieser Legislaturperiode dem Bundesfachausschuss (BFA) Äußere Sicherheit der CDU Deutschlands anzugehören. Gerne nahm er die Einladung vom neuen CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak an. „Bereits in der vergangenen Wahlperiode habe ich dem BFA Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik angehört. Ich freue mich, mein Engagement im neu organisierten Bundesfachausschuss fortführen zu können“, so Andreas Nick. Die Bundesfachausschüsse haben die Aufgabe, an der Formulierung und Weiterentwicklung der Programmatik der CDU mitzuwirken, der interessierten Fachöf-



fentlichkeit ein kompetenter Ansprechpartner zu sein, die Beziehungspflege zwischen der Partei sowie Institutionen

und Verbänden zu unterstützen. Deshalb haben die Ausschüsse eine zentrale Rolle in der Partei.

60 Jahre Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages



Die Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages üben seit 60 Jahren die parlamentarische Kontrolle über die Bundeswehr aus. Der Wehrbeauftragte wacht über die Wahrung der Grundrechte der Soldatinnen und Soldaten sowie über die Einhaltung der Grundsätze der Inneren Führung. Die gewonnenen Erkenntnisse über den inneren Zustand der Streitkräfte hält der Wehrbeauftragte in einem Bericht fest, den er einmal jährlich dem Deutschen Bundestag vorlegt. Am Dienstag wurde der aktuelle Bericht vorgestellt. Als Anwalt der Soldaten und zugleich Hilfsorgan des Parlaments bei der Kontrolle der Streitkräfte nimmt der Wehrbeauftragte eine besondere Stellung innerhalb des parlamentarischen Systems ein dabei ist er weder Mitglied des Deutschen Bundestages noch Beamter. Am 19. Februar 1959 wählten die Abgeordneten des Bundestages Helmuth von Grolman mit großer Mehrheit zum ersten Wehrbeauftragten. Eine Änderung des Wehrbeauftragtengesetzes im Jahr 1990 machte die Wahl ungedienter Kandidatinnen und Kandidaten möglich. Im Jahr 1995 wurde mit Claire Marienfeld-Czesla erstmals eine Frau in dieses Amt gewählt. Dr. Hans-Peter Bartels wurde am 21. Mai 2015 zum zwölften Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages vereidigt.

Mit dem Amt des Wehrbeauftragten wurde eine Institution geschaffen, die in der deutschen Verfassungsgeschichte kein Vorbild hat.

ABSCHIED AUS DEM BÜRO

Nach fast drei Jahren als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Berliner Abgeordneten-Büro verlässt Inger-Luise Heilmann das Team von Andreas Nick.

Sie hat seine Arbeit im Unterausschuss Vereinigte Nationen, sowie ausgewählte Berichterstatter-Themen im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss Digitale Agenda betreut. Außerdem unterstützte sie die Social Media Aktivitäten von Andreas Nick. „Ich habe mich sehr gefreut, den Wahlkreis von Andreas Nick ken-



nen lernen zu können. Die Unterstützung seiner fachlichen Arbeit in Berlin hat mir große Freude bereitet. Sein nettes und engagiertes Team in Berlin und im Wahlkreis wird mir fehlen!“, so Heilmann. Andreas Nick dankt Inger-

Luise Heilmann für die sehr gute Zusammenarbeit und wünscht ihr für ihre berufliche und private Zukunft alles Gute. Sie wechselt für eine neue und interessante Aufgabe ins Bundesministerium der Verteidigung.

NEUJAHRSEMPFANG DER BUNDESBANK

Die Hochschule der Deutschen Bundesbank lud zum Neujahrsempfang, und zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung waren der Einladung auf Schloss Hachenburg gefolgt.

Andreas Nick freute sich ganz besonders, mit Burkhard Balz nicht nur das seit 2018 für die Hochschule zuständige Vorstandsmitglied der Bundesbank im Wahlkreis begrüßen zu können, sondern mit dem langjährigen Europa-Abgeordneten auch einen politischen Weggefährten, mit dem er seit über zehn Jahren freundschaftlich verbunden ist. Schwerpunktthemen der Vorträge und Reden waren Demokratie, Bildung und Werte. Auch Andreas Nick machte in



Andreas Nick zusammen mit Bürgermeister Stefan Leukel (links) und Burkhard Balz, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank (3. von links)

seinem Grußwort deutlich, dass Europa und die europäische Union insbesondere für Deutschland unerlässlich seien. „Wer nicht weiß, warum Europa wichtig ist, der sollte Soldatenfriedhöfe besichtigen“, zitierte der Westerwälder Abgeordnete Jean-Claude Junker. Europa sei eine einmalige Erfolgsgeschichte und es sei jede Anstrengung wert, diese auch in Zukunft fortzuführen. Darüber hinaus betonte er

die Bedeutung der Hochschule der Bundesbank für Hachenburg und die Region.

Im Verlauf des Abends, der mit einem Wandelkonzert des Kammerchores Marienstatt musikalisch begleitet wurde, hatte Andreas Nick Gelegenheit zu Gesprächen mit den anwesenden Gästen. Ihm selbst sei es immer eine besondere Freude, am Neujahrsempfang der Hochschule in diesem besonderen Ambiente teilzunehmen.

Ankündigung: CDU WW - Mitgliederparteitag zur Aufstellung Kreistagsliste

Mitgliederparteitag am Samstag, dem 2. Februar ab 10 Uhr in der Westerburger Stadthalle: Vorstellung und Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms, Vor- und Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber für die Wahl des Kreistages des Westerwaldkreises am 26.05.2019



Zu Beginn des Kommunalwahljahres wollen wir unser Wahlprogramm "Unsere Heimat - Allemol!" verabschieden. Außerdem steht auch die wichtige Wahl der Bewerberinnen und Bewerber der CDU für die Wahl des Kreistages am 26. Mai 2019 an.

Bitte machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und entscheiden Sie mit bei der Weichenstellung für die Zukunft der Region. Über die Teilnahme möglichst vieler Mitglieder unserer Union würde ich mich sehr freuen.

Viele Grüße
Ihr

Andreas Nick

Impressum:
Bundestagsbüro
Dr. Andreas Nick MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (0 30) 227 73208
Fax: (0 30) 227 76559
Email:
andreas.nick@bundestag.de

AKK BEIM WIRTSCHAFTSRAT

Am Sonntag war die neue CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer Hauptrednerin beim Neujahrsempfang des CDU-Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz, der im Hause der CompuGroup Medical SE in Koblenz stattfand. Nach der Begrüßung durch den Hausherrn und Landesvorsitzenden des Wirtschaftsrates, Frank Gotthardt, präsentierte Kramp-Karrenbauer ihre Vorstellungen für die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert. Sie bezog Position zur Abschaffung des Soli sowie zu Steuerenkungen zur Stärkung der Konjunktur. Im



v.l.n.r.: M. Heil, A. Nick, A. Kramp-Karrenbauer, P. Bleser und E. Rüdell

Anschluss an ihr Statement stand sie für zahlreiche Fragen des Moderators und des Publikums bereit. Dabei ging es um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ebenso wie um die Große Koalition in Berlin, die Europawahlen, den Brexit und Handelsfragen. Ge-

meinsam mit seinen MdB-Kollegen aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz Mechthild Heil, Peter Bleser und Erwin Rüdell hat sich Andreas Nick über den Besuch von Annegret Kramp-Karrenbauer in Koblenz und die gelungene Veranstaltung des Wirtschaftsrates gefreut.

GRAU-BLAU IN HÖHR-GRENZHAUSEN

Am Samstag, den 26.01.2019 startete die Karnevalsgesellschaft Grau-Blau offiziell in ihre Jubiläumskampagne anlässlich 70 Jahre Karnevalsgesellschaft Grau-Blau. Andreas Nick ließ es sich auch in diesem Jahr nicht nehmen und nahm an der Auftaktsitzung von Grau-Blau Höhr-Grenzhausen teil. Neben dem Auftritt des



Norddeutschen Ove Jensen (erstmalig als Protokoller), dem Grau-

Blau Ballett und der grau-blauen Boygroup gab es noch viele lustige und herausragende Auftritte. „Große Anerkennung für alle Aktiven auf, vor und hinter der Bühne, die mit großem ehrenamtlichen Engagement auch im 70. Jubiläumjahr wieder ein Feuerwerk der guten Laune erzeugt haben!“, so Nick.

